

Im Gespräch *Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša, derzeit EU-Ratsvorsitzender**

„DIE EU IST DER EINZIGE WEG, DIE KOSOVO-GRENZE ZU ÜBERWINDEN“

Die slowenische Ratspräsidentschaft will versuchen, eine gemeinsame Haltung der EU zu Tibet und den Olympischen Spielen in Peking zu erreichen.

JOURNALIST: Herr Präsident, in Europa wird darüber diskutiert, ob unsere Sportler wegen der Lage in Tibet den Olympischen Spielen fernbleiben sollten. Wird es da eine einheitliche Position der EU geben?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Ich denke, wir sollten schon eine gemeinsame Antwort finden. Auf einem Treffen der Nationalen Olympischen Komitees und der Kultus- und Sportministerin Sloweniens haben wir uns aber gerade darauf geeinigt, dass ein Boykott der Spiele keine Option ist. Das würde niemandem helfen. Gerade weil die Spiele in China stattfinden, blicken derzeit alle auf Tibet. Wenn wir sie boykottieren, dann richtet sich die Aufmerksamkeit nach einpaar Wochen wieder auf andere Krisen.

JOURNALIST: Gibt es andere Möglichkeiten, wie die Europäer ihren Unmut deutlich machen können?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Bei den Spielen gibt es Teile, in denen weniger der sportliche als der politische Aspekt im Vordergrund steht. Dazu gehört die Eröffnungszereemonie. Wie viele führende Politiker der Welt daran teilnehmen, hängt stark von der Entwicklung der Lage in Tibet ab. Es wäre ein sehr positives Zeichen, wenn die chinesischen Behörden Verhandlungen mit dem Dalai Lama führen. Wenn sich das Verhalten der Regierung nicht verändert, werden viele nicht zur Zeremonie kommen.

JOURNALIST: Wirtschaftliche Sanktionen ziehen Sie nicht in Betracht?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Ich will mir nicht noch schlimmere Situationen vorstellen als die, die wir schon haben. Der chinesische Außenminister hat uns versprochen, dass eine Gruppe von europäischen Journalisten in die betroffenen Gebiete fahren und dort frei berichten darf. Auch das wäre ein klares Zeichen, dass die Chinesen ihr Vorgehen mäßigen.

JOURNALIST: Europa hat seinen eigenen Krisenherd, das Kosovo. Belgrad will die serbisch dominierten Gebiete im Kosovo an den serbischen Parlaments- und Kommunalwahlen im Mai teilnehmen lassen. Wird die EU diese Infragestellung der Autorität des kosovarischen Staates dulden?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Dass die Leute wählen, ist doch kein Problem. Bei uns nehmen auch Leute an Wahlen in anderen Ländern teil, wenn sie im Ausland leben oder eine doppelte Staatsangehörigkeit haben.

JOURNALIST: Gehört das nicht zu serbischen Versuchen, den Norden des Kosovos abzuspalten?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Die Hälfte der serbischen Minderheit lebt im Nordkosovo, die andere Hälfte in Enklaven. Eine Teilung des Kosovos ist doch gar nicht in deren Interesse.

JOURNALIST: Sollte die EU trotzdem mehr tun, um deren Akzeptanz für den neuen Staat zu fördern?

** Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 2008*

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Außerhalb des Nordens erwarte ich da keine größeren Schwierigkeiten. Die EU, die NATO und die Vereinten Nationen beschützen die serbische Minderheit doch. Das erkennen im übrigen auch moderate Politiker in Serbien an. Es ist nicht alles so hoffnungslos in Serbien.

JOURNALIST: Glauben Sie, dass sich Serbien je mit dem Verlust des Kosovos abfinden kann?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Diese Grenze ist nicht durch die Unabhängigkeitserklärung der Kosovaren gezogen worden, sondern durch Milosevics Politik und die Reaktion der NATO darauf. Der einzige Weg, wie sie wieder verschwindet, ist in der EU. Vielleicht dauert das 20 oder 30 Jahre. Aber es ist der einzige realistische Weg. Russland wird da niemals militärisch intervenieren.

JOURNALIST: Wird die EU bei den Wahlen die pro-europäischen Kräfte wieder unterstützen?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Es ist doch gar nicht möglich, da nicht Partei zu ergreifen. Im Wahlkampf wird es um die Frage gehen, ob die EU Serbien eine gute Perspektive bietet. Bei der Präsidentenwahl im Februar hat Tadić ganzknapp gewonnen. Er hat mir selbst gesagt, dass die Hilfe aus Brüssel der Hauptgrund für seinen Sieg war.

JOURNALIST: Wird die EU Serbien noch einmal konkrete Kooperationsangebote machen?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Wir sollten weitere Schritte zur Visaliberalisierung unternehmen, das sind Dinge, die die einfachen Menschen zu spüren bekommen. Wenn Serben heute in die EU reisen wollen, dann müssen sie lange auf ein Visum warten, das auch noch teuer ist. Wir müssen hier gerade etwas für junge Leute tun, für Studenten. Als nach der Unabhängigkeit des Kosovos die Fenster der slowenischen Botschaft in Belgrad eingeworfen wurden, kamen nach drei Tagen serbische Studenten mit neuen Scheiben zu unserem Botschafter.

JOURNALIST: Die EU plagt sich derzeit auch mit einem Streit über die gemeinsame Visumpolitik. Inzwischen haben hier sechs Mitgliedstaaten bilaterale Abkommen mit Amerika geschlossen. Wird die EU hier noch einmal eine gemeinsame Position vertreten können?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Das war bis vor kurzem ein sehr heißes Eisen. Wir haben uns jetzt auf einen zweigleisigen Ansatz verständigt: Jedes Land kann getrennt mit Washington verhandeln, hat aber das Gemeinschaftsrecht zurespektieren. Es gibt zwölf Mitgliedstaaten, deren Bürger immer noch ein Visum für die Einreise nach Amerika brauchen. Dass nur die Kommission für die EU verhandelt, hat nicht geklappt.

JOURNALIST: Ein Thema, das Brüssel sehr beschäftigt, sind die Posten, die mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages geschaffen werden. Werden noch Entscheidungen in Ihrer Präsidentschaft getroffen?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Uns geht es zuerst um die Ratifizierung des Vertrags. Wir wollen keine Fragen aufwerfen, die diesen Prozess beeinflussen können. Deshalb wollen wir jetzt keine Debatte darüber, wer der Präsident des Europäischen Rates oder wer der Außenbeauftragte wird. Unser Ziel ist, dass so viele Länder wie möglich bis Ende Juni ratifiziert haben. Wir rechnen mit knapp 20 Staaten, darunter auch Irland.

JOURNALIST: Außer in Irland, wo es ein Referendum gibt, gibt es noch andere Staaten, die problematisch erscheinen.

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: In Irland wird nach meinem Eindruck gute Arbeit geleistet. Da hat man den richtigen Ansatz gewählt. Es gibt auch einige andere Länder, wie Polen oder die Slowakei, in denen es innenpolitischen Auseinandersetzungen gibt. Aber ich denke nicht, dass davon eine ernsthafte Gefahr ausgeht. Schließlich befürwortet in diesen Ländern eine große Mehrheit der Bevölkerung den Vertrag.

JOURNALIST: Nach dem jüngsten EU-Gipfeltreffen wurden die Beschlüsse, die energieintensive Branchen wie die Stahl- oder Papierindustrie vor besonderen Belastungen im Kampf gegen den Klimawandelschützen sollen, unterschiedlich ausgelegt. Was wurde nun genau beschlossen?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Ich denke, wir haben einen sehr weisen Beschluss gefasst. Wir haben entschieden, dass es keine Ausnahmen geben soll, wenn eine internationale Übereinkunft für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 zustande kommt. Gelingt das nicht, wird die EU einen Kompromiss suchen müssen. Da zu zwingen uns nicht nur Forderungen von Industrie und Gewerkschaften, sondern auch der Klimawandel selbst.

JOURNALIST: Aber wann wird es Klarheit für die betroffenen Branchen geben? Schon 2009, wie die Bundesregierung wünscht, oder erst später?

MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA: Das Schlüsseldatum ist Dezember 2009, wenn die Kopenhagener Klimakonferenz stattfindet. Dann wird Klarheit über die Haltung anderer globaler Spieler herrschen. Derzeit liegen die EU und China bei den Emissionen ungefähr gleichauf, aber in China steigen sie. Wir brauchen ein globales Abkommen.

Die Fragen stellten Nikolas Busse und Michael Stabenow.